

## **Jahresbericht 2007 der Nationalparkstiftung Unteres Odertal**

### **Erschienen in:**

Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (4), 161-164

Auch im Jahre 2007 ist die Nationalparkstiftung ihrer vielleicht wichtigsten Aufgabe, dem Erwerb und der naturschutzfachlichen Pflege von Flächen gerecht geworden. Vom 01.01.2007 bis 31.12.2007 konnte die Stiftung insgesamt 72,6 Hektar kaufen, überwiegend innerhalb des Kerngebietes des Naturschutzgroßprojektes.

Verglichen mit früheren Jahren gestaltete sich der Flächenerwerb etwas schwieriger. Einerseits steigen die Grundstückspreise insbesondere für die von der BVVG verwalteten Grundstücke kräftig an. Das liegt zum einen sicher darin, dass es einen gewissen Nachholbedarf gegenüber den Preisen für landwirtschaftliche Flächen in der alten Bundesrepublik Deutschland gibt. Vor allem aber liegt das an der erheblichen staatlichen Subventionierung von nachwachsenden Rohstoffen, in der Regel Lebens- oder Futtermittel, für die Energieerzeugung. Dadurch werden die Lebens- und Futtermittelpreise an die ohne Frage in nächster Zeit stark steigenden Energiepreise angekoppelt, mit heute noch nicht absehbaren Folgen. Diese steigenden Produktionserlöse führen zeitversetzt zu steigenden Pacht- und Kaufpreisen für landwirtschaftliche Nutzflächen, gerade in der fruchtbaren Uckermark (vgl. Vössing, A. 2007: Brot oder Benzin, Flächenkonkurrenz zwischen Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen, Naturschutz und Landschaftsplanung 39 (12), 377-383).

Erschwerend kommt aber außerdem hinzu, dass sowohl das Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LVLF) als auch das Land Brandenburg direkt mit erheblichen Mitteln landwirtschaftliche Nutzfläche aufkaufen. Das kann eigentlich nur als Strategiewechsel gedeutet werden, denn bis vor kurzem lehnte das Land Brandenburg Flächenerwerb aus Naturschutzgründen weitgehend ab und setzte ganz den Wünschen der organisierten Landwirtschaft entsprechend allein auf den Vertragsnaturschutz. Dennoch gibt es immer noch genug, meist private, Flächenbesitzer, die ihre Flächen gern an die Nationalparkstiftung verkaufen, nicht zuletzt wegen ihres guten und schnellen Services.

Auch in diesem Jahr gab es wieder ein Jubiläum zu feiern: Zehn Jahre Exkursionsprogramm der Nationalparkstiftung. Der Festakt am Deutschen Nationalfeiertag, dem 3. Oktober 2007, im Schloss Criewen, dem eine gut besuchte Exkursion unter Leitung des stellvertretenden Direktors des Berliner Zoos, Dr. Rudolf Reinhard, vorausgegangen war, machte deutlich, wie stark die Nationalparkstiftung in den zwölf Jahren seit ihrer Gründung in der Region verankert ist. Vor dem vollbesetzten großen Saal fanden nicht nur junge Musikanten aus Angermünde und Berlin Gehör und Applaus, sondern auch einige, die Verdienste der ehrenamtlich tätigen Exkursionsleiter würdigenden Worte des Stiftungsvorstandes (siehe Jahrbuch 2007). An dieser Stelle sei noch einmal den Exkursionsleitern, die teilweise schon seit zwölf Jahren für die Nationalparkstiftung tätig sind, für ihr bürgerschaftliches

Engagement herzlich gedankt. Wir hoffen auch in Zukunft weiterhin mit ihnen gut zusammenzuarbeiten.

Im Jahre 2007 wurden insgesamt 13 Exkursionen von 18 Wissenschaftlern aus den Partnerorganisationen der Nationalparkstiftung mit insgesamt 204 Teilnehmern durchgeführt. Die Nationalparkstiftung ist dem Museum für Naturkunde, dem Zoo und Tierpark in Berlin, sowie den Hochschulen und Forschungsinstitutionen der Region wegen dieser langjährigen Kooperation zu großem Dank verpflichtet.

Die Förderung und Ermutigung der ökologischen Landwirtschaft in der Nationalparkregion standen im Jahre 2007 im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des Engagements der Stiftung. Diesem Schwerpunktthema war eine eigene Veranstaltung gewidmet, auf der die beiden Fachleute Herr Karl-Heinz Manske von der Weidewirtschaft Liepe e. G. und Herr Alfons-E. Krieger, Ingenieurbüro für Nachhaltigkeit, Lichtenow an Hand praktischer Beispiele vor den ortsansässigen Landwirten ihre Erfahrungen mit der ökologischen Landwirtschaft darstellten und Hinweise und Ratschläge für Umstellungsinteressenten gaben. Die einmal jährlich mit den Landwirten durchgeführten Veranstaltungen werden nunmehr zum festen Programm der Stiftung. Es ist nach wie vor unbefriedigend, dass es in der gesamten Region keinen zertifizierten Ökobetrieb gibt. Zwar gibt es einige Betriebe, welche die Kriterien des ökologischen Landbaus erfüllen, aber bisher haben sie kein Interesse, sich einem Verband anzuschließen, der die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL) zur Grundlage hat. Die Stiftung kann hier aber nur aufklären, informieren und werben. Wirtschaftliche und landwirtschaftliche Betätigung sollen dagegen die Aufgabe der örtlichen Betriebe sein.

Zwar ist es erfreulich, dass die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln deutschlandweit und auch in der Berliner Region kräftig steigt, ärgerlich aber, dass die nach ökologischen Richtlinien produzierten Lebensmittel damit nicht Schritt halten können. In Brandenburg arbeiten knapp 800 Unternehmen nach der ziemlich liberalen EU-Öko-Verordnung und bewirtschaften damit knapp 130.000 Hektar. Die Uckermark liegt mit 16.000 Hektar unter den brandenburgischen Kreisen an zweiter Stelle. Der Flächenanteil des ökologischen Landbaus liegt bei knapp 10 Prozent, das ist ungefähr so viel wie der prozentuale Anteil der Stilllegungsflächen und nur noch etwas mehr als der Flächenanteil für nachwachsende Rohstoffe.

Aber nur 15 Prozent der Bioprodukte, die in Berlin verzehrt werden, stammen aus Brandenburg, der Rest aus anderen Bundesländern und zunehmend aus dem Ausland. Das liegt nicht nur am zu geringen Flächenanteil und der mangelnden Leistungsfähigkeit der Ökobetriebe, sondern auch an den fehlenden Strukturen für Verarbeitung, Veredelung und Vermarktung. Hier wären Fördermittel des Landwirtschaftsministers als Starthilfe dringend erforderlich. In den vergangenen drei Jahren haben aber nur Bayern, Niedersachsen und Thüringen die Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf biologische Anbaumethoden gefördert, die anderen Länder, darunter auch Brandenburg, die Förderung recht zögerlich erst im Jahre 2007 wieder eingeführt. Immerhin hat Brandenburg für die Förderperiode von 2007 bis 2013 vor, die Fördermittel für den Ökolandbau von den geplanten 16 Mio. € um 10 Mio. € aufzustocken. Für die Jahre 2007 und 2008 wird die zuvor geschlossene Richtlinie für den Ökolandbau für Neueinsteiger wieder geöffnet. Das sind immerhin erste, wenn auch zaghafte Schritte in die richtige Richtung.

Eine wichtige Naturschutzmaßnahme sieht die Stiftung auch in der Eindämmung genveränderter Nutzpflanzen. Zum Glück ist das kein Thema der im Nationalpark wirtschaftenden Betriebe. Von daher war es auch kein Problem, als Stiftung und Verein in allen ihren Pachtverträgen ihre Pächter darauf verpflichteten, nicht nur auf den Stiftungs- und Vereinsflächen, sondern auf allen Betriebsflächen, den Anbau genveränderter Nutzpflanzen zu unterlassen. Die Kraft des Naturschutzes wird nicht ausreichen, den Anbau genveränderter Lebens- und Futtermittel deutschlandweit zu verhindern. Er kann lediglich versuchen, um Schutzgebiete herum weiträumige Flächen gentechnikfrei zu halten. Hier sieht sich die Stiftung erfreulicherweise vom Brandenburgischen Minister Woidke unterstützt, der sich in jüngster Zeit wiederholt gentechnikkritisch geäußert hat und um Naturschutzgebiete herum einen Sicherheitsabstand von 800 Metern fordert.

Ein gutes Beispiel dafür, wie man mit einer vernünftigen Strategie und unter Einbeziehung aller Betroffenen gute Ergebnisse für Naturschützer und -nutzer finden kann, zeigt das Befahrverbot für Boote mit Verbrennungsmotor auf dem Mescheriner See. Dieser fünf Hektar große See ist eine Ausbuchtung der Westoder und von der Stiftung im Jahr 2005 erworben worden. Im Osten grenzt er an ein seit Jahren ausgewiesenes und ungenutztes Totalreservat, im Westen aber an die Ortslage Mescherin. Er ist ein nichtschiffbares Gewässer und deswegen von Motorbooten nicht zu befahren. Die von der Stiftung und dem neuen Eigentümer geplante Aufstellung eines Sperrschildes (A1a) erwies sich zunächst dennoch als schwierig. So legte die Gemeinde Mescherin zunächst Wert auf die Möglichkeit, den Anliegern das Befahren des Mescheriner Sees mit Motorbooten zu gestatten. Durch ein Gespräch der Stiftung mit Vertretern des Amtes Gartz, der Gemeinde Mescherin und des örtlichen Campingplatzbetreibers, ist es dann aber doch zu einer Vereinbarung gekommen: Die Mescheriner Nutzer versprachen in einer Übergangszeit von fünf Jahren ihre 12 Boote auf Elektrobetrieb umzurüsten, alle Bootsstege zurück zu bauen und nur zwei, noch zu modernisierende, zu erhalten, nämlich den einen am Campingplatz und den anderen an der Kleingartenanlage. Die Stiftung verzichtete im Gegenzug für 12 Jahre auf die mögliche und übliche Steggebühr.

Leider wurde diese schriftlich fixierte Übereinkunft durch nachgelagerte Gespräche der Kreisverwaltung und der Nationalparkverwaltung wieder in Frage gestellt. Man empfahl den unzufriedenen Anliegern weiterhin die Befahrung des eigentlich nicht schiffbaren Mescheriner Sees mit ihren verbrennungsmotorbetriebenen Wasserfahrzeugen mit Hilfe einer Einzelfallentscheidung § 43 Abs.3 Satz 1 (BbgWG). Dazu musste umständlich von der Nationalparkverwaltung ein planerisches Konzept zur Nutzung des Mescheriner Sees mit 20 Motorbooten erstellt werden, das faktisch den bisherigen Status quo großzügig festschreibt. Es war schon für viele Naturschützer erstaunlich, dass die Nationalparkverwaltung mit Hilfe dieses planerischen Konzeptes die Motorbootnutzung auf dem im Nationalpark selbst gelegenen, eigentlich nicht schiffbaren Gewässer festschreiben wollte, vor allem wenn man bedenkt, dass auf allen bayerischen Seen das Fahren mit privaten Motorbooten schon lange untersagt ist und selbst im brandenburgischen Biosphärenreservat Spreewald vor kurzem eine Einigung erzielt und auf das Befahren mit Motorbooten verzichtet wurde.

Für den Naturschutz war das keine befriedigende Regelung. Wieder einmal zeigte es sich, dass die von der Stiftung seit ihrer Gründung favorisierte Eigentumsstrategie im Naturschutz sehr erfolgreich ist. So konnten die Nutzer in einem weiteren Gespräch

überzeugt werden, auf das ihnen vom Kreis Uckermark und der Nationalparkverwaltung an der Stiftung vorbei gemachte Angebot zu verzichten und die zuvor mit der Stiftung getroffene Vereinbarung auch tatsächlich umzusetzen. Sie gilt allerdings nur für bereits vorhandene Boote der Anlieger. Im Übrigen dürfen Boote nur die westliche, der Ortslage zugewandten Hälfte des Mescheriner Sees befahren, während die östliche, an das Totalreservat angrenzende Seehälfte für Bootsfahrer, Angler und andere Nutzer des Sees gesperrt bleibt. Diese hälftige Nutzung des Mescheriner Sees für Naturschutzzwecke und für die Interessen der Anlieger in Mescherin ist ein tragfähiger Kompromiss, mit dem beide Seiten gut leben können und der in direkten Verhandlungen zwischen einem dem Naturschutz verpflichteten Eigentümer und den Nutzungsinteressenten erzielt werden konnte.

Große öffentliche Aufmerksamkeit und Anteilnahme fand auch die Anlieferung der ersten Sendung Heu im Tierpark Angermünde für hungrige Vierbeiner. Durch diese Kooperation zwischen der Stadt Angermünde und ihrem Tierpark, einem landwirtschaftlichen Betrieb und der Nationalparkstiftung, wird der Tierpark auf absehbare Zeit mit dem nötigen Heu kostenlos versorgt, eine Entlastung für seinen ohnehin sehr schmalen Etat. Die Stiftung stellt kostenlos die Fläche, der Landwirt übernimmt Ernte und Transport und der Tierpark ist dann nur noch für die Fütterung zuständig. Diese Zusammenarbeit zwischen Tierpark und Nationalpark ist der Nationalparkstiftung nicht zuletzt deswegen wichtig, weil er in den Zoos und Tiergärten einen wichtigen und natürlichen Verbündeten aller Nationalparke, speziell des Unteren Odertals, sieht.

DR. ANSGAR VÖSSING  
Nationalparkstiftung Unteres Odertal, Vorstand  
Schloss Criewen, 16303 Schwedt/Oder  
Nationalparkstiftung@Unteres-Odertal.info